

GEWERKSCHAFTEN

Schwarzarbeit plus Stütze

Der Verfall der Tarife und der Ost-West-Konflikt treiben die Bauarbeiter auf die Barrikaden. Zum ersten Mal will die IG Bau in den flächendeckenden Arbeitskampf ziehen.



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / HCP-FOTO

Bauarbeiter-Demonstration (in Berlin): „Unser Zorn wächst“

Dieses verfluchte Adrenalin. Der Blutdruck steigt, das Herz schlägt schneller, die Muskeln spannen sich an. Durch Klaus Wiesehügels mächtigen Körper zirkulieren in diesen Tagen eindeutig zu viel Stresshormone. Obwohl er keinen Kaffee mehr trinkt. Nur noch Tee mit Süßstoff. Literweise.

Nachts schreckt der Chef der IG Bau mitunter auf, ist plötzlich schweißgebadet, hellwach und voll düsterer Gedanken. „Klar mache ich mir Sorgen“, sagt er, „wo das alles hinführt.“

Wiesehügel ahnt, was auf dem Spiel steht. Er ist dabei, seine Gewerkschaft in das größte Abenteuer ihrer Geschichte zu stürzen. Der Funktionär will die wenig

streikerproben Maurer, Betonbauer und Zimmerleute zum ersten Mal in einen bundesweiten Arbeitskampf schicken.

Am vergangenen Freitag blockierten 40 000 Gewerkschafter schon einmal Hunderte Firmen mit Warnstreiks. Ab nächster Woche, wenn die Urabstimmung wie erwartet das entsprechende Ergebnis bringt, wollen Wiesehügels Truppen flächendeckend Tausende Baustellen in der ganzen Republik lahm legen.

Das Datum ist mit Sorgfalt gewählt: Auf den Tag genau vor 49 Jahren, am 17. Juni 1953, lösten Ost-Berliner Bauarbeiter den historischen Volksaufstand in der DDR aus.

Am Frankfurter Gewerkschaftssitz hat sich der IG-Bau-Chef nun einen 200-Qua-

dratmeter großen Sitzungssaal zur Schaltzentrale voller Computer, Telefone und Stelltafeln hochrüsten lassen. Auch der detaillierte Streikplan steht schon fest: Zunächst sollen prestigeträchtige Großprojekte in den Metropolen Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet getroffen werden. Später dann wollen erprobte IG-Bau-Kämpfer in „Besuchsaktionen“ mittelständische Firmen auf dem flachen Land stilllegen. Motto: „Unser Zorn wächst.“

Einen ungünstigeren Zeitpunkt für ihren Streik hätte sich die Gewerkschaft nicht aussuchen können. Seit sieben Jahren leidet die Branche unter einer verheerenden Krise. Der Bauriese Holzmann wird gerade abgewickelt, viele Unternehmen schreiben rote Zahlen, Branchenverbände kündigen einen „neuen Pleitenrekord“ an.

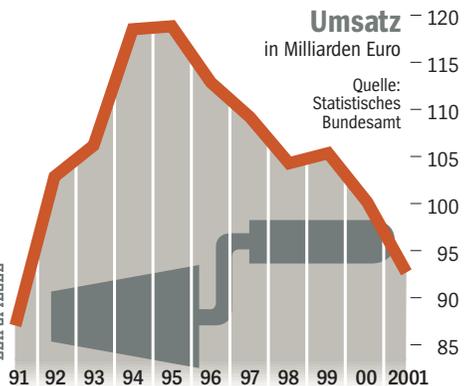
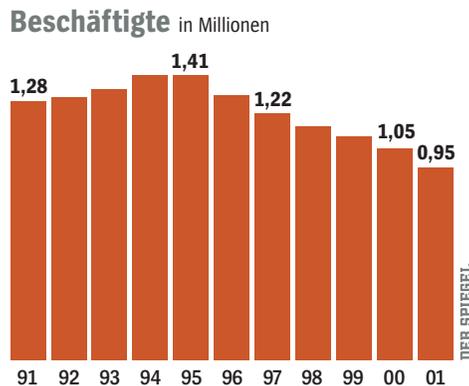
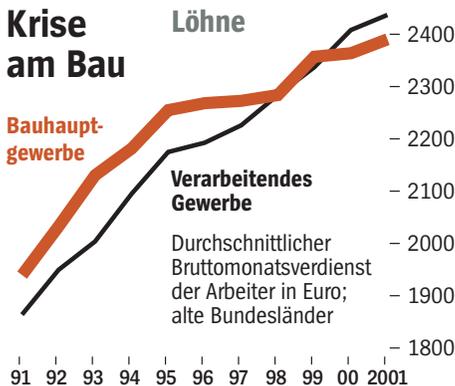
Und ausgerechnet jetzt trommelt die Gewerkschaft zum großen Arbeitskampf. Mitten im Abschwung. Bei noch immer düsteren Prognosen. Reiner „Wahnwitz“, wie die „Frankfurter Allgemeine“ vermutet?

Eher ein Hilferuf. Die Gewerkschaft will nicht nur Lohnerhöhungen durchsetzen, die zumindest annähernd an die Resultate in der Metall- oder Chemieindustrie heranreichen. Sie kämpft auch für höhere Mindesttarife in Ost und West, um Tarifflucht und Schwarzarbeit zu stoppen.

Legen die Arbeitgeber nicht in den nächsten Tagen ein neues Angebot vor, steht der Republik ein sozialer Großkonflikt bevor. Anders als beim Metallerausstand vor vier Wochen, als die Funktionäre mit schonender Kampftaktik und Polonaisen vor den Werktores „eine Art Operettenstreik aufführten“ (Wiesehügel), bereiten sich die Kollegen vom Bau auf einen harten Konflikt mit allen hässlichen Begleiterscheinungen vor: durchtrennte Stromkabel auf den Baustellen, versperrte Bürocontainer, Rangeleien mit Streikbrechern, Polizeieinsätze.

„Bauleute reden wenig, die handeln lieber“, sagt Wiesehügel: „Und sie mögen überhaupt nicht, wenn jemand versucht, sie aus dem Weg zu schubsen.“

Für die Gewerkschaft geht es ums Ganze. Hat Wiesehügel Erfolg, kann er seinen Mitgliedern beweisen, dass die Organisation noch genauso kampffähig und durchsetzungsfähig ist wie die Konkur-



renz von Ver.di oder IG Metall. Verpufft der Ausstand aber ohne Wirkung, könnte es für die IG Bau das letzte Gefecht gewesen sein. „Dann bleibt denen nur noch, sich selbst aufzulösen“, glaubt ein hochrangiger Arbeitgeberfunktionär.

Schon fordert der Kanzler „einen möglichst raschen Abschluss“. Vergebens.

Zu sehr fühlen sich die Gewerkschaft und ihre Mitglieder an den Rand gedrängt. Zu lange schon müssen sie hilflos zusehen, wie ihre traditionell geordnete Arbeitswelt mit Betriebsräten, Sozialkassen und Weihnachtsgeld zu einer chaotischen Wildwestszenerie voller Subunternehmer, Werkvertragskräfte und Schwarzarbeiter verkommt.

Tarifvertrag? Kaum jemand hält sich daran.

Unter dem Druck einer jahrelangen Branchenflaute und der Konkurrenz ausländischer Billigarbeiter haben die etablierten Konzerne in den vergangenen sieben Jahren fast 500 000 reguläre Jobs auf dem Bau gestrichen. Zugleich stieg die Zahl der illegal Beschäftigten auf rund 400 000.

Längst werden die deutschen Baustellen von einer Multikulti-Gesellschaft ganz eigener Art bevölkert. Die Deutschen haben die Aufsicht, fahren die Kräne oder kontrollieren Sozialversicherungsausweise. Die schwere körperliche Arbeit aber wird von Billigkräften aus Rumänien, Polen oder der Ukraine erledigt.

Wer als deutscher Bauarbeiter noch nicht frühpensioniert ist, geht in vielen Fällen stempeln und bessert seinen Lebensstandard in den Neubausiedlungen der Städte mit einer sehr speziellen Version des Kombilohns auf: Schwarzarbeit plus Stütze.

Alle Versuche von Gewerkschaften und Arbeitgebern, sich der Erosion mit Mindestlöhnen, Öffnungsklauseln oder Gesetzesinitiativen entgegenzustemmen, blieben erfolglos. Allein in Berlin werden fast die Hälfte aller Bauleistungen schwarz erbracht.

Die Geleitmen sind einheimische Arbeitnehmer, deren Einkommens- und Berufsperspektiven in den vergangenen Jahren immer miserabler wurden. Ein Mann wie Kristian Herrler, 34, der seit elf Jahren für einen mittelständischen Industriekonzerne in Berlin als Betonbauer schuftet, ist längst nicht mehr die Ausnahme: Noch vor zehn Jahren bekam er mit seinem Knochenjob dank Überstunden und Zulagen



Baustellen (in Hamburg, Berlin): Brutaler Verteilungskampf

6000 Mark brutto und mehr. Heute verdient er ein Drittel weniger. Doch selbst das ist seinen Chefs zu teuer.

Vor wenigen Wochen wurde Herrler gekündigt. Seine Kolonne wird durch ein billigeres Mietunternehmen ersetzt. Die Chance, einen neuen Job zu finden, geht gegen null.

Kein Wunder, dass sich der Berliner Betonbauer als „Freiwild von Arbeitgebern und Politikern“ fühlt und einen harten Streik wünscht. Was kann er schon verlieren? Je besser die Tarifierhöhung ausfällt, desto mehr Arbeitslosengeld bekommt er am Jahresende.

Doch es ist nicht nur der Frust der Beschäftigten, der die Bau-Tarifrunde dieses Jahres eskalieren lässt. Hinter dem Lohnstreit tobt zugleich ein brutaler Verteilungskampf zwischen ost- und westdeutschen Arbeitern.

Noch immer liegen die Löhne in den neuen Ländern um bis zu 30 Prozent unter Westniveau. Ein Gefälle, das eine zunehmende Zahl von Firmen aus Schwerin, Magdeburg oder Gera nutzt, um vor der Krise in den Westen zu flüchten. Massenhaft schnappen sie dort den alteingesessenen Firmen die Aufträge weg.

Wenn etwa Jürgen Ruesch, Polier beim Hamburger Traditionsunternehmen Theo Urbach, mit seinem Funkgerät versehentlich in den Sprechverkehr anderer Baustellen gerät, hört er meist Dialekte aus Mecklenburg oder Brandenburg. In der Hansestadt geht inzwischen fast die Hälfte der Bauaufträge an Firmen aus den neuen Ländern.

Ruesch und seine etwa 90 Kollegen müssen wegen des Auftragsmangels immer häufiger Kurzarbeit einlegen. „Damit muss Schluss sein“, findet er, „in zwölf Jahren

hatten die Ostdeutschen Zeit genug, ihre Löhne anzupassen.“

Naturgemäß ist Rueschs Polier-Kollege Thoralf Stolle aus dem brandenburgischen Neuenhagen völlig anderer Meinung. Dass ihm Kollegen im nahen Berlin vorwerfen, seine Firma verderbe die Konditionen in der Hauptstadt, kann der Rohrleitungsbauer „überhaupt nicht verstehen“. Zum einen seien die Löhne in Berlin inzwischen ebenfalls auf breiter Front gesunken. Zum anderen komme die eigentliche Dumping-Konkurrenz doch längst aus den entfernteren Regionen Brandenburgs. Die, schimpft Stolle, „zahlen oft noch nicht mal den gesetzlichen Mindestlohn“.

Die IG Bau hat im kalten Krieg zwischen Ost und

West eindeutig Position bezogen. Ihre Mitglieder arbeiten vor allem bei den Baukonzernen im Westen, und so will die Gewerkschaft mit möglichst einheitlichen Mindestlöhnen in neuen und alten Ländern den grenzüberschreitenden „Baustellen-Tourismus“ (Wiesehügel) unterbinden.

An dem heiklen Konflikt waren in der vergangenen Woche bereits die Schlichtungsverhandlungen unter Leitung des CDU-Politikers Heiner Geißler gescheitert. Nun droht der Krach, das etablierte Tarifsysteem in der Branche endgültig zu sprengen.

Kommt es nächste Woche tatsächlich zum Flächenstreik, wollen die Funktionäre der ostdeutschen Arbeitgeberverbände ihre bundesweiten Dachorganisationen verlassen. Damit würden in den neuen Ländern überhaupt keine Flächentarife am Bau mehr gelten und sich die Lohnkonkurrenz zum Westen verschärfen.

Und so droht Gewerkschaftsboss Wiesehügel mit einem „Häuserkampf“. Sollten die Ostarbeitgeber Ernst machen, würden sich die Bauarbeiter auch im Westen „nicht mehr an die Friedenspflicht gebunden fühlen“. Sie könnten zum Beispiel die Arbeit immer dann niederlegen, wenn auf einer Westbaustelle eine ostdeutsche Aushilfskolonne anrückt. „Wenn schon Amerika“, warnt Wiesehügel, „dann richtig.“

Ob das Kalkül aufgeht, ist fraglich. Vielen seiner Mitglieder will die Logik, der zufolge sie im Westen für höhere Tarife im Osten streiken sollen, nicht richtig einleuchten.

„Was soll das?“, fragt der Hamburger Bauarbeiter Ruesch: „Wir streiken, und die Ostdeutschen arbeiten ungestört weiter?“

KARSTEN HUHN, MICHAEL SAUGA